

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei Postzustellung monatlich 12,15 M., bei Zustellung unter Straßenschild für Deutschland 2.— M., für Ausland 3.— M., per Brief 15.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Hans Nothen 2805 und 2806.

Jahreslohn die achtgepalt. Nonparillente od. beim Kauf einricht. Teuerungszuschlag 2,20 M. des festgedruckten Wort 1,15 M., des weiteren Wort 0,20 M. Familien- und Organisationsanfragen die achtgepaltene Nonparillente 2,40 M., des festgedruckten Wort 2,00 M., jedes weiteren Wort 45 Pf. Injunctio für den darauf stehenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Hans Nothen 2805 - 06, 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Entente und Sowjetrußland.

## Das neue Groß-Berlin.

Bekommen wir ein Groß-Berlin oder nicht? Diese Frage wird seit Monaten in den kommunalen Kreisen eifrig erörtert. Auch jetzt, nachdem der Ausschuß der Preussischen Landesversammlung die erste Lesung des Gesetzes hinter sich hat, kann eine verlässliche Antwort noch nicht gegeben werden. In der aus 27 Mitgliedern bestehenden Kommission, in der unsere Partei nur einen Sitz hat, stehen sich die Meinungen, ob Einheitsgemeinde oder Gesamtgemeinde, scharf gegenüber, und die wesentlichen Entscheidungen erfolgten mit Stimmenmehrheit von 1 oder 2 Stimmen. Die Kommissionsberatungen dauern schon seit Ende Dezember an. Zwanzig Sitzungen haben stattgefunden, ohne die Sitzungen einer Unterkommission, immer aber vor das Bestreben vorherrschend, umzuwerfen und zu durchlöchern, was früher beschlossen. Doch die Deutschnationalen und der Vertreter der Deutschen Volkspartei alles aufboten, um der Einheitsgemeinde Steine in den Weg zu legen, war begreiflich, daß aber das Zentrum sich ständig von den Rechtsparteien in das Schlepptau nehmen ließ, war das Kennzeichnende der ganzen Beratung. Was war der Grund des Widerstandes gegen die Regierungsvorlage?

Die Rechtsparteien, dem sich das Zentrum und noch einige Demokraten angeschlossen, vertraten den Standpunkt, daß es genüge, ein Groß-Berlin zu schaffen, dem eine Reihe Einzelaufgaben übertragen werden, daß im übrigen aber die Gemeinden in den Vororten ihre Verfassung und unter Übertragung bestimmter Aufgaben an die Gesamtgemeinde auch ihre Selbständigkeit behalten. Demgegenüber sind die Anhänger der Einheitsgemeinde der Ansicht, daß die Dinge dahin getrieben haben, daß Groß-Berlin als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet auch kommunalpolitisch ein sein und von einer Zentralstelle aus verwaltet werden müsse. Das könnte nicht aus, daß die Zentralverwaltung von einzelnen Bezirken bestimmte Aufgaben überweisen kann und muß, denn vom grünen Tisch läßt sich ein so großes Gemeinwesen, wie es das zukünftige Groß-Berlin mit etwa vier Millionen Einwohner ist, natürlich nicht verwalten. Auch die Regierung ist zu dieser Auffassung gekommen, und meint, wenn man Reformen macht, solle man ganze Arbeit machen.

Der eigentliche Grund des Widerstandes der Rechtsparteien gegen die Einheitsgemeinde ist politischer Natur: Die im Westen gelegenen Gemeinden haben bürgerliche Majoritäten in der Gemeindeverwaltung. Diesen Herrschaften geht bei einer Einheitsgemeinde mit den ihr zuzulegenden Befugnissen ihr Einfluß verloren. Und darum kämpfen die Rechtsparteien. Im Ausschuß der Landesversammlung sagte ein Vertreter der Deutschen Volkspartei ganz ehrlich: „Meine Herren! Wir wollen ganz offen miteinander reden. Es handelt sich um eine Frage der politischen Macht. Bei einer Einheitsgemeinde wird der politische Einfluß in den Gemeinden mit bürgerlichen Mehrheiten preisgegeben. Es besteht die starke Wahrscheinlichkeit, daß in einer Einheitsgemeinde der sozialdemokratische Einfluß der maßgebende ist und bei einer Wahl in Groß-Berlin werden die Unabhängigen entscheidend sein.“ Er unterstützte deshalb an die bürgerlichen Vorteile, keine Entschärfungen zu treffen, die den Einfluß des Bürgertums schwächen könnten. Das war ehrlich, aber wahr gesprochen. Das Zentrum folgte willig dieser Parole und wendete sich bei jeder Gelegenheit gegen die Regierungsvorlage, so daß selbst die Regierungsabtreter das Zentrum daran erinnern mußten, daß das Gesetz von einer Koalitionsregierung eingebracht worden sei, der auch das Zentrum mit angehört. Und ein Vertreter der Rechtsnationalen glaubte seinem Koalitionsfreunden sagen zu müssen, daß das Zentrum immer erklärt hätte, daß es in Glaubensfragen sich keine eigene Meinung vorbehalte und keine Konzessionen machen könne, daß aber in anderen Fragen die Sache anders liege. Aber dieses Erwähnen half nicht viel. Die Arbeiten des Ausschusses gingen klauer und schleppend voran und für die zweite Lesung sind neue Anträge angefündigt. Die Regierungsabtreter, Demokraten mit eingeschlossen, die gewöhnlich sind, haben bisher nur behauptet, daß sie unsäglich in der Preussischen Landesversammlung Postfaktum zu machen. Gerade das Zentrum hat in dem Ausschuß den

## Diplomatische Winkelzüge.

H. N. Paris, 25. Februar.

Der Oberste Rat hat in seinem Beschluß, keine diplomatischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland zu unterhalten, die englische und schweizerische Regierung erludt, die Vertreter der Räteregierung aus ihren Gebieten zu entfernen, wegen des Mißtrauchs, den sie mit ihren Vollmachten treiben.

Der Handel zwischen Rußland und dem übrigen Europa, der für die Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände, nicht allein für Rußland, sondern auch für die übrige Welt so nötig ist, soll auf das äußerste ermutigt werden, ohne Abschwächung der schon gemeldeten Haltung. Weiter wird es als wünschenswert betrachtet, unparteiische und vertrauliche Erkundigungen über den heutigen Zustand in Rußland zu erhalten. Die Verlebensanforderung nimmt deshalb mit Genehmigung von dem Vorschlag Kenntnis, der vom internationalen Arbeitsbureau gemacht wurde, einen Untersuchungsausschuß nach Rußland zu senden. Sie meint jedoch, diese Untersuchung hätte noch größeren Wert und noch bessere Aussicht auf Erfolg, wenn sie auf Veranlassung und unter Leitung des Völkerbundrates geschehe und der Rat wieder deshalb ersucht die notwendigen Schritte zu tun.

## Der russische Sieg von Murmansk.

Der russische Sowjetbeträger in Kopenhagen, Litwinoff, äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber über die Bedeutung des neuesten Erfolges der Bolschewisten. Er erklärte, daß die Bolschewisten mit der Einnahme des Hafens von Murmansk einen eisernen Hafen für den Handel mit Westeuropa erhalten hätten. Seitdem die Behörden von Murmansk noch Anhangsel übergeben seien, habe General Miller eine Annäherung an die Sowjets versucht und angeboten, mit seinen Truppen zu loyalisieren. Die Sowjetregierung habe jedoch vollständige Entlohnung und Abgabe aller militärischen Vorräte gefordert. Nur unter dieser Bedingung habe sie das Leben des Kommandanten und der anderen Offiziere führen und ihnen gestatten wollen, das Land zu verlassen, wenn sie dies wünschen sollten. Millers Pläne seien indessen durch den Gang der Ereignisse überflügelt worden und er sei sich auf einem Rückzug befinde. Ein anderer Botschafter habe ihn verfolgt, mit welchem Ergebnis, sei noch nicht bekannt. Nach Ansicht Litwinoffs werde der Umstand, daß Nordrußland jetzt in den Händen der Sowjetregierung sei, aufeinander hinruft einem Frieden gezwungen werden.

Die englische Militärkommission in Südenland berichtet, daß die Freiwilligenarmee am 20. Februar Koston am Don wieder erobert hat. Sie machte 1500 Gefangene und erbeutete viel Material.

Nach einer Meldung aus Tokio wurde in Wladivostok eine neue Regierung der Sanktos gewählt. Der Handelsverkehr zwischen Wladivostok und Japan ist normal.

Verweil erbracht, daß es gegen die Regierung, an der es beteiligt ist, Obstruktionspolitik betreibt. Ein unehrliches Spiel, das das Zentrum treibt, es aber ausweichend charakterisiert.

Wie stellen sich die Vertreter der Gesamtgemeinde das neue Groß-Berlin vor? Wir haben oben schon dargelegt, daß sie die bisherigen Gemeinden aufrecht erhalten wollen, die sich allerdings mehr zusammenkühligen können, und daß einer besonderen Groß-Berliner Körperschaft, die dem Zweckverband ähnlich sieht, Aufgaben allgemeiner Natur übertragen werden. Solche Aufgaben bestehen neben dem Verkehrsnetze in der Regelung des Siedlungs- und Wohnungswezens der Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität, Entwässerung, Ortarmenpflege und Erwerbslosenfürsorge. So beauftragten die Deutschnationalen. Auf den ersten Blick sieht jeder mit kommunalen Dingen Vertraute die Unmöglichkeit. Das Wohnungswezen hängt eng zusammen mit dem Wohnungsnachweis, die Erwerbslosenfürsorge ist ohne Arbeitsnachweis gar nicht durchzuführen. Das große Gebiet des Gesundheitswezens — man denke nur an die Krankenhäuser — ist lokal gar nicht mehr denkbar. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung sieht mit der Herstellung, mit der

## Erklärungen Lenins zur Aufhebung der Blockade.

H. N. London, 25. Februar.

„Daily Express“ veröffentlicht eine Erklärung, welche sein Kopenhagener Berichterstatter von Lenin erhalten hat. Lenin sagt über Rußlands Haltung zu der Rückgängigmachung der Blockade: Dies sei ein wichtiger Schritt in guter Richtung, denn dadurch erhalte Rußland die Möglichkeit, zum friedlichen Wiederaufbau überzugehen. Hat die durch die kapitalistischen Regierungen der Entente dem Lande aufgezwungenen Kriege weiter führen zu müssen, Rußland wird fortan in Stande sein, sämtliche Kräfte für den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens zu benutzen. Bereits jetzt wird mit Hilfe einer Anzahl wissenschaftlicher und sachverständiger Leute eine Elektrifizierung des ganzen Landes vorgenommen. Es wird behauptet, daß diese Elektrifizierung die Grundlage des Kulturlebens nach den entferntesten und entlegensten Orten des Landes bringen wird. Der Einfluß der Einstellung der Entente-Intervention auf die Haltung der Sowjets wird gleichfalls sehr erheblich sein. Die Entente war der Angriffs, während die Sowjetregierung niemanden angegriffen hat und sogar mit Schweden einen Frieden abschloß, der für Rußland schwere materielle Opfer ersparte.

Lenin fügte hinzu: Er betrachte zwar diese Entscheidung der Allierten als sehr wichtig, er wolle aber warnen, wie sich die Taten zu den Wünschen verhalten, denn die Wünsche des Versailler Friedens und dessen Folgen beweisen, daß in sehr vielen Fällen die Worte der Allierten etwas anderes sind als ihre Taten und daß ihre Entscheidung in vielen Fällen nur Besen streifen. Lenin sagte weiter: Die jetzige Lage in Rußland sei dem Standpunkt der Sowjets völlig feindlich. Die Lage sei zwar ein Übergangszustand, aber dennoch ein großer Fortschritt. Auf die letzte Frage des Berichterstatters, welche Wünsche Rußland im Zusammenhang mit der Einstellung der Blockade habe, antwortete Lenin, dies nicht anders als im allgemeinen sagen zu können, nämlich friedlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Pläne seien noch nicht im einzelnen ausgearbeitet oder ihnen sämtlich ihre Grundlage in den Verhandlungen des allrussischen Zentral-Vollzugsrates.

## Die polnischen Friedensbedingungen.

Paris, 25. Februar.

„Zeitungen“ meldet aus Warschau über die Friedensbedingungen, die Polen gestellt hat, daß Polen auf der Wiedererrichtung der Grenzen von 1772 bestehen und weiter einen großen Schadenertrag verlangen wird, im Namen aller Länder, die vom alten russischen Reich sich getrennt haben. Bilsudski hat verschiedene Male erklärt, daß Polen kein Gebiet annektieren oder ein Volk unterdrücken wolle. Die Friedensbedingungen, die formuliert werden sollen, werden bestimmen, daß die Bolschewisten alle nichtmilitärischen Gebiete räumen müssen, um den verschiedenen Bevölkerungen die Möglichkeit zu verschaffen, ihr eigenes Los zu bestimmen. In der Frage der auszuwählenden Politik handelt Bilsudski in Bezug auf die Vereinigung mit den Allierten, die westlich sein wollen, daß alle ihre Interessen verleiht und gewahrt werden.

Kontrolle im engsten Zusammenhang ganz abgesehen von den vielen anderen Gebieten, wie Gesundheitsversorgung, für die im Verlaufe schon ein Abwärtstrend hat geschaffen werden müssen, und außerdem je tiefer man in die Materie hineingibt, desto deutlicher zeigt sich die Unmöglichkeit, eine neue Volksgemeinde in Form der Gesamtgemeinde zu schaffen, dafür aber die Notwendigkeit, ein einheitliches Gemeinwesen unter Aufgabe lokaler Einrichtungen aufzurichten. Dieser einzutretende Schritt wurde aber in den monatelangen Beratungen des Ausschusses entgegenvertreten. Das Zentrum trüb dauernd Sabotage gegenüber der Regierungsvorlage und war stets geneigt, den Deutschnationalen und den nationalen Volksparteilern Hebammendienste zu leisten. Die Demokraten waren uneinig. Zwei Mitglieder standen auf dem Boden der Einheitsgemeinde während drei die Gesamtgemeinde erstrebten. Sie suchten das aber auf eine geschicktere Art als Zentrum und Rechtspartei zu erreichen, indem sie die Regierungsvorlage durch Erweiterung der Rechte der Vollzugsorgane unterhöhlten und anlegten den im 1. festgelegten Grundgedanken des Gesetzes durch die in die Verträge delegierte Schlichtung in kein freies Gegenteil verkehrten.

Das das Gesetz im einzelnen Schrift, so ist es

am 14. September, daß mit 14 gegen 10 Stimmen der An-  
trag die Einheitsgemeinde beschlossen hat. In  
den neuen Stadtkreis sollen die Landräuder des Zweck-  
verbandes restlos eingezogen werden und damit die Orte  
und Gutsbezirke, die in den Waldgebieten lagen. Es wer-  
den 20 Verwaltungsbezirke geschaffen, von denen 6 im engeren  
Berlin liegen. Diese Verwaltungsbezirke erhalten ein  
Bezirksamt und eine Bezirksversammlung. Die Bezirks-  
ämter sind ausführende Organe des Magistrats. Ihnen  
steht vor ein Bürgermeister und bis zu sieben Stadträte, die  
von der Bezirksversammlung zu wählen sind. Nur er-  
stmalig soll der Oberbürgermeister der neuen Stadtgemeinde  
zwei Mitglieder in Vorschlag bringen können. Die Bezirks-  
versammlung soll den Haushalten für den Bezirk in Vor-  
schlag bringen und alle Beamten anstellen können. Die  
Wahl aller Ehrenbeamten steht lediglich der Bezirksver-  
sammlung zu, der Bürgermeister des Bezirks soll die Diszi-  
plinarmaßnahme über die Beamten erhalten. Den Bezirken liegt  
auch im Rahmen allgemein festgestellter Grundzüge die Ver-  
waltung aller Angelegenheiten des Bezirkes ob. Für die  
einzelnen Orte werden Ortsvorsteher von der Bezirksver-  
sammlung gewählt, aber auf Grund von Vorschlägen von  
Ortsbeiräten, die für den Ort gebildet werden.

Zum Zwecke der Wahlen für die Stadtgemeinde Berlin  
werden 15 Wahlkreise gebildet, und zwar sechs aus  
dem engeren Berlin, je einer aus Charlottenburg, Spandau,  
Wilmerdorf, Schöneberg, Neukölln und Tatenberg. In  
einem Wahlkreis vereinigt werden die Verwaltungsbereiche  
Rehlendorf, Steglitz und Tempelhof, sowie Treptow und  
Nöpenitz und Weißensee, Tansow und Reinickendorf.

Die Wahlen für die Groß-Berliner Stadtverordneten-  
versammlung finden gemeinsam mit den Wahlen für die  
Bezirksversammlungen statt. Verwaltungsbezirke, die bis  
50 000 Seelen zählen, wählen 15 Bezirksverordnete, mit  
100 000 Seelen 30 und darüber 45 Verordnete. Die Stadt-  
verordnetenversammlung besteht aus 25 Stadtverordneten.  
Für die Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung  
entscheidet die Stärke der Wahlbeteiligung. Für die Rest-  
der in den Wahlkreisen abgegebenen Stimmen wird eine  
Stadtiliste aufgestellt, die von den Parteien besonders  
eingereicht werden muß. Die gewählten Stadtverordneten  
gehören ohne weiteres auch der Bezirksversammlung an.  
In allen Bezirksversammlungen können Deputationen ge-  
bildet werden. Schwierig waren die Bestimmungen über  
die Auseinandersetzung mit den Restkreisen Teltow-Bees-  
low und der Provinz Brandenburg. Ein Schiedsgericht,  
bestehend aus dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts  
und anderen hohen Richtern, soll Streitfragen entscheiden.  
Lange Beratungen erforderte die Regelung der Beamten-  
fragen; insbesondere die Frage, was eine gleichartige Stelle  
ist. Eine Unmenge von Eingaben bezogen sich auf diesen  
Punkt, die alle auf die wohlverordneten Rechte der Beamten  
Vertrag nahmen. Es wurde beschlossen, daß vorbehaltlich  
des Rechtes auf Klage, der Oberpräsident Schiedsrichter sein  
soll nach Anhörung der Beamten, des Magistrats und der  
Beamtenorganisation. Der Schiedspruch soll zunächst bindend  
sein; beide Teile müssen sich im Interesse der Verwaltung  
dem Schiedspruch unterwerfen.

Dem Bestreben des Ministeriums, in das Gesetz die  
Kostenfrage für die Polizei hineinzuklammern,  
wurde dadurch begegnet, daß zwingende Bestimmungen dar-  
über aus dem Gesetz herausblieben und die Kostenfrage einer  
besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten blieb.

Eine recht unbefriedigende Lösung hat die Schul-  
frage gefunden. Der Schwerpunkt liegt in der Schul-  
deputation der Bezirke. Geändert ist auf diesem Gebiete  
nur die Aufsichtsfähigkeit, indem das Provinzialschulkollegium  
die alleinige Aufsichtsbefugnis hat und daß die Normierung in  
Potsdam ausgefallt worden ist. Das Gesetz soll am  
1. Juli in Kraft treten.

Das sind die wesentlichsten Bestimmungen. Am kom-  
menden Montag beginnt die zweite Lesung des Gesetzes in

der Kommission. Es heißt erwarten, daß die Gegner  
des Gesetzes ihre Anstrengungen wiederholen, um das Werk  
noch mehr zu verwickeln, als es ohnehin schon verwickelt  
ist. Bei der Unfähigkeit der preussischen Landesveramm-  
lung, positive Arbeit zu machen, läßt sich deshalb heute noch  
gar nicht sagen, wie das endgültige Schicksal des Gesetzes  
sein wird.

### Der Fall Erzberger.

Die alldeutsche Presse schreit Triumph. Sie hält  
Herrn Erzberger schon für vollkommen erledigt, sie erwartet,  
daß die politische Rolle dieses Mannes nunmehr endgültig  
ausgespielt sei. Die „Deutsche Zeitung“ glaubt  
allerdings noch nicht daran, daß sich mit dem Rücktritt Erz-  
bergers sofort auch das heutige System ändern werde. Aber  
nachdem der Hauptvertreter des Systems vom 9. November  
endlich gefallen ist, dürfte man wohl hoffen, daß in nicht  
allzu ferner Zeit auch die kleineren Götter ihm nachfolgen  
werden. Die „Tägliche Rundschau“ ist zuversicht-  
licher. In der Besprechung der gestrigen Verhandlungen  
im Erzberger-Prozess deutet sie an, daß Erzbergers Sturz  
auch andere Regierungsmänner mitreißen würde, denn  
jeder wisse von dem anderen etwas, was der Süddeutsche  
„Drei am Steden“ nennt, und daher sei es klüger, den ein-  
zelnen anzuknaben. Die „Kreuzzeitung“ glaubt nicht  
an die Freiwilligkeit des Suspendierungsantrages. Nicht  
nur der Vorwurf einer Steuerhinterziehung werde für die-  
sen Schritt maßgebend gewesen sein, sondern namentlich die  
Vorgänge in der gestrigen Prozeßverhandlung würden dem  
Fah den Boden ausgeschlagen haben. Herr Erzberger sei  
in keiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister nach der Aus-  
sage eines Staatsanwalts der Weichte zu großen Ver-  
mögensveränderungen nach dem Auslande beschuldigt,  
ebenso wie der Unterstützung von Schiebergeschäften auf  
Grund der Erteilung von Einfuhrscheinen.

Der „Lokalanzeiger“ sagt, durch die Suspenden-  
tion Erzbergers sei vermieden worden, daß einem Reichsminister  
in der Nationalversammlung ein so peinlicher Empfang be-  
reitet würde, wie er für Herrn Erzberger — und nicht etwa  
nur von Seiten der Oppositionsparteien — in sicherer Aus-  
sicht stand. Dann teilt das Blatt mit, daß Schiffer und  
Friedberg in der demokratischen Partei ihren  
ganzen Einfluß aufzubieten hätten, damit Erzberger von  
seinem Amte zurücktrete, bis die Vollständigkeit der Beschul-  
digungen erwiesen war. Die demokratische Fraktion der  
Landesversammlung hätte sich noch gestern eingehend mit  
dem Fall Erzberger befaßt und an den Vorstand der Partei  
das dringende Verlangen gerichtet, sich einmal sehr genau mit  
der Frage zu beschäftigen, ob es für Erzberger nicht besser  
sei, wenn er wenigstens vorläufig von seinem Amte zurück-  
trete.

Die „Merikale Germania“ findet noch kein Wort zu  
dem Suspendierungsantrag Erzbergers. Das „Berliner  
Tageblatt“ erwartet von der Untersuchung des Finanz-  
amtes eine einwandfreie Antwort auf die Beschuldigungen  
wegen der Steuerhinterziehung. Die endgültige Entschei-  
dung werde schließlich von dem Gehaltsbezug des Prozeß-  
ergebnisses, von der allgemeinen Sachlage und von dem all-  
gemeinen Eindruck abhängen müssen. Das Blatt sagt dann:  
„Ganz unabhängig von diesen kennebunden Einschüchti-  
gungen muß geltend werden, daß die deutsche nationale Be-  
amtenkorruption, die in dem Diebstahl der Erzbergerischen  
Steuererklärungen zutage tritt, gleichfalls auf das genaueste  
untersucht und auf das strengste geahndet wird. Die angeblichen  
Rechtsbeistehenden von heute scheinen es für erlaubt zu halten,  
daß Steuerbeamte die Menschenrechte ausplündern, und es ist  
nötig, ihnen und den ungetreuen Beamten zu zeigen, daß auch  
solche ungeborenen Vandalen noch immer strafbar sind.“

Der „Vorwärts“ will sich ein abschließendes Urteil  
über den Fall Helfferich-Erzberger noch vorbehalten. Für

deute sei nur festzustellen, daß es Herrn Helfferich  
keinen Fall auf die Moral ankomme, sondern darauf, ob  
er Träger einer ihm vorbehaltenen Politik unerschütterlich zu stehen  
vermöge. Ob Erzberger schuldig oder unschuldig sei, ob er  
zurücktrete oder nicht, die bestehenden Klassen sollen des-  
wegen keine Mark Steuer weniger zu bezahlen haben. Das  
klingt zwar sehr mutig, jedoch muß man daran erinnern,  
daß die Rechtssozialisten mit zwei Parteien der bestehenden  
Klassen, mit den Demokraten und dem Zentrum zusammen  
die Steuerlasten betreiben, und die werden es nicht  
lassen, daß mit oder ohne Erzberger die Steuerbelastung  
der bestehenden Klassen nicht allzu drückend wird.

### Zentrum ist Trampf.

Das Zentrum weiß seinen Einfluß zu gebrauchen. Das zeigt  
sich wieder einmal gelegentlich der von der preussischen Regierung  
geplanten Neu-Zusammensetzung der Schuldeputationen. Die  
Regierung hatte der preussischen Landesversammlung ein Gesetz  
vorgelegt, nach dem die Schuldeputationen anders zusammen-  
gesetzt werden sollen. Der Gesetzliche soll nicht mehr der gewöhn-  
liche Vertreter in der Schuldeputation sein und ohne weiteres für an-  
gehören, sondern nur dann, wenn er wie jedes andere Mitglied  
von den Wahlberechtigten in den Gemeindefortschritten ge-  
wählt wird. Wegen dieses Gesetzes hat das Zentrum Sturm. Die  
Verhandlungen in der Kommission zog das Zentrum endlich in  
die Länge. Dann beantragte es die Einholung eines Gutachten  
darüber, ob die Vorlage mit der Reichsverfassung im Einklang  
zu bringen sei. Das verlangte das Zentrum, obwohl das Ge-  
setz vom preussischen Ministerium vorgelegt war, dem ein  
Zentrumsmann als Justizminister angebotet. Jetzt ist ein solches  
Gutachten eingegangen, in dem vorgelegt wird, daß das vorgesch-  
lagene Gesetz mit der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. Unterzeichnet  
ist das Gutachten von den Reichsministern Schiffer und Sch. Das  
Zentrum hat sich neuen Sieg erhofft. Zentrum ist Trampf.

### Ein neues Zeitungsverbot.

Auf Anordnung des Reichswehrministers ist das Erscheinen  
des konservativen „Reichsboten“ wegen Abdrucks wesentlicher  
Teile einer verbotenen Schrift auf die Dauer von 10 Tagen  
verboten worden. Das Blatt schreibt dazu: „Es handelt sich  
wahrscheinlich um die Broschüre „Der Rattenkönig“, So-  
zialisationskriege und ihre Helfer von Staction Uplair, deren  
Inhalt wie im gestrigen Abendblatt kurz skizziert haben.“

### Das reaktionäre Frankreich.

Der Sekretär der schweizerischen sozialistischen Partei Paul  
Graber ersuchte den französischen sozialistischen Marcel Gollin  
um Intervention beim französischen Ministerium des Auswärtigen  
wegen, daß das französische Konsulat in Bern die Aus-  
stellung eines Passes zur Teilnahme am Sozialisten-  
kongress in Straßburg verweigert habe.

### Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Wegen Mißregelung eines Arbeiters hat die Arbeiter-  
Verksion von Villeneuve, der Paris-Lyon-Weltverkehr-  
bahn in den Ausstand getreten. In Lyon und  
haben die Arbeiter der gleichen Gesellschaft beschlossen, ebenfalls  
in den Ausstand zu treten. Die Delegierten der Pariser Eisen-  
bahner beschlossen gestern Abend die Einstellung der Arbeit  
allenwegen für Mittwoch. Die Angelegenheit war gestern Gegen-  
stand einer Interpellation in der Kammer. Der Minister für  
öffentliche Arbeiten erklärte, er werde seinen Bericht über die  
Leistung bilden, worauf die Kammer durch Handauflegen  
eine entsprechende Tagesordnung annahm.

### Metallarbeiterstreik in Italien.

„Messaggero“ meldet, daß die Metallarbeiter von  
Birmingham den Beginn des Generalstreiks für Mittwoch an-  
gekündigt haben.

### O, du mein Deutschland.

Im Leben Deutschlands geht es schon lustig zu. Die Trotteln  
schleichen und die dummen Jungen werden gelehrt. Gelehrte von  
Weltren, wie Professor Einhorn, der das ganze Deutschland  
geistig am Haupteslänge übertrug, sind antisemitischen Vödelien  
ausgesetzt. Einhorn, der geborene Württemberger ist, und die  
Schweizer Nationalität erwarb, wird in der Hochschullehre des  
alldeutschen Antisemitischen „Deutsche Zeitung“, als „jüdischer  
Heilgenosse“ plump verhöhnt. Seine Verehrer und Hörer wer-  
den als „asialische Wesen“ mit Schmutz beworfen.

Wenn man nun immer wieder aus solchem trübseligen und  
tragikomischen Verfallerscheinungen zu der Erkenntnis kommen  
muß, daß Deutschland ein hoffnungsloser Fall ist, so  
weil einer der nationalitätlichen Führer aus dem geeigneten  
Hörsaalgebäude, der letzte Prinz Heinrich, der Bruder  
des Deserteurs von Amerongen, als Heilmittel ein schönes  
antisemitisches Rezept: Er läßt nämlich im deutschen nationalen  
Heinrich (d. h. Halbes) 1920: „Soll Siegried er-  
leben, muß Juda vergehen.“ So also, man wissen wird  
Aber damit ist auch über den Kaiser Wilhelm und seine eigene  
hochmögliche Familie das Urteil gesprochen. In einem kürzlich  
im Aufhäuserverlag, München, erschienenen Buch „Benja Imperator“  
wird nämlich der Nachweis geführt, daß Wilhelm jüdi-  
schen Ursprungs sei. Das Titelbild zeigt den Kaiser mit  
der Unterschrift: „S. W. spricht mit de Jüd.“ Dann wird nach-  
gewiesen, daß die englische Königsfamilie vom Volke Israel ab-  
stamme und zuletzt heißt es: „Ging und allein jüdisches Blut in  
Wilhelm II. diesem Verleugungsloifer in volstem Sinne des  
Wortes hat es ermdelicht, daß dem Heiligtum die Wege so  
gedreht wurden, daß heute der plastische Dämon des Verfalls der  
Vendelheit in triumphierender Eiderheit auf der ganzen Linie  
fliegert ist“ um im bildlichen Text.

Aber Wilhelm mag sich trösten. Auch geistig Bedeutendere  
als er sind nicht blutrein, sondern jüdisch infiziert. Und weil es  
g. A. bei Franz Wedel und nicht der Vater war, hat sich die  
„Deutsche Zeitung“ jetzt die Ähren mütterlicherseits als Nütz-  
gegen (A. Wedel's jüdische Vorfahren). Was aber dem  
Sexualsanitär Wedel recht ist, das ist für unsere Massenbän-  
wurst dem Goethe billig. Auch er wird mit dem Stigma des  
Judentums gebrandmarkt. In einem Buche des alldeutschen  
Massenopfers Hans Hermann: „Das Sanatorium der freien  
Viele“ heißt es von Goethe, daß er — doch man muß es nöti-  
g machen:

„Sieht mit nun Goethe an, diese vorquellenden dunkel-  
braunen Augen, die an der Spitze gekrümmte Nase, diesen  
langen Oberleib mit den kurzen Beinen, welchen selbst ein  
leicht wehmütiger Zug nicht fehlt, dann haben wir mana das

Abbild eines Nachkommen Abrahams vor uns. Goethe  
war Mischung durch das Blut seiner Mutter, und nicht nur in  
seinem Äußeren prägte sich seine Abstammung von den alt-  
testamentarischen Heiden ab, sondern auch in seinem ganzen  
Wesen. Seine glühende Sinnlichkeit und ewige Verliebtheit,  
seine unstillbare Lebensweile und frugwürdige Ude, der er erst  
ganz heimlich die Weibe geben ließ, als Napoleon, der gewiß  
sein Abstinenzler und Tugendbold war, sich eine etwas ironische  
bezügliche Frage gestattet hatte, sein Servilismus gegen Rich-  
ten, der seinem heilnahen Vater so zuwider war. Sein  
völliger Mangel an Vaterlandsliebe, seine Freiheit dem christ-  
lichen Erkenntnis seiner Zeit gegenüber und noch ganz andere  
Züge reden eine zu deutliche Sprache, als daß ein Mensch von  
unbegonnenem Urteil sich der Ueberzeugung verschließen könnte,  
daß Goethe weit mehr Semit als Deutscher war.“

Die deutsche Vergangenheit und die deutsche Gegenwart, die  
deutsche Literatur und die deutsche Revolution — alles ein Werk  
von Judenstämmigen, gegen das nur Pech und Schwefel oder  
die Revolutionskellen helfen. Es ist zum Gräßen. ...

### Monismus, Kunst und Religion.

Heber dieses Thema sprach Dr. Deri am Sonntag Abend im  
Herrnhaus. In fesselnder Rede gab er eine bildreiche Ein-  
führung in das Wesen des Monismus. Er machte den  
Verbrauch des Systems einer Lebensanschauung mit Kreide auf einer  
Schulwand aufzeichnen, um auch dem geringst gebildeten oder  
die Möglichkeit zu schaffen, den philosophischen Gedankenent-  
wicklungen folgen zu können. Ganz ist das Schema, welches  
Dr. Deri zur Erläuterung des monistischen Weltanschauungs  
ausgezeichnet hat, noch keine abgeschlossene Sache, und in der Dis-  
kussion bewiesene mehrere Neben, wie wenig es dem heutigen  
Menschen möglich ist, in klarer Weise aus einer Reihenfolge von  
Wendungen das Wesentliche festzuhalten. Es war umso mehr, dem  
monistisch-philosophischen Anschauungsunterricht eine erschöpfende  
Beschreibung der besonderen Beziehungen des Monismus zur  
Kunst und Religion anzugeben. Aber auch der, welcher sich bis-  
her nie Kopfzerbrechen gemacht hat, über seine Beziehungen zu  
Gott und den Verstorbenen, zur Natur und den Mächten der Welt,  
wird aus diesem Vortrag eine starke Anregung mitgenommen  
haben. Hier ist ein Mensch, der für sich und die in die Irreleiten  
der Kirche verstrickte Menschheit im langen noch Bekreitung ringt.

Dr. Deri wird im April eine Reihe von Vorträgen über  
den Monismus in seiner Beziehung zum heu-  
tigen Weltbild halten. Vorträge zu ermäßigten Prei-  
sen gibt die Geschichtsstelle des Monistenbundes, Charlottenburg,  
Schillerstraße 19, aus. Jeden Freitag Abend hält der Monisten-  
bund im Rautenschloß am Büchergäßchen 8 Vorträge ab. 8. 2.

### Umsturz und Aufbau.

Im „Frühling“, einer von ihm herausgegebenen Zeitschrift  
zu einer Zeitschrift über Städtebau (Architekturverlag „Der  
Zirkel“, Berlin W. 66, Wilhelmstr. 48) finden wir folgenden geist-  
alle feride Wichtigturerei gerichteten früh-frühlichen Namen  
ruf des als Führer einer neuen Kaufkraft sehr beachtens-  
Bruno Taut, des Schöpfers des Architekturprogramms, des  
Glasbaues und der „Alpinen Architektur“:

Weg mit den Souveränen, den Traan- und Trauerflüssen, den  
Stimmungsgebunden, den ewig Gassen, den Säuerlichstigen, den  
immer Wichtigen!  
„Wahral Wichtigtur!“ Verfluchte Wichtigturerei! Architek-  
turalen und Friedlichstigen vor vierstündigen Trüdel- und Schand-  
buden! Bericht meißt die Kulturallheinfürsüßen in Tortill, Anstich  
und Korinthisch, zertrümmert die Wappensteinel Munter mit der  
„Vornachheit“ der Sandstrine und Seergriffelbein, in Scherben  
der Harmonie und Udeholzkam, auf den Wäldhäusern mit dem  
Blunder!

„Oh! unsere Begriffe: Monum, Deimal, Stil —!“ Was Taut  
mel, wie finden die Pannoffel Perfekt ist, ist sie auch  
soll übrig bleiben! Jung ihre Schulen auseinander, die Pann-  
lessorenperücken sollen liegen, wir wollen mit ihnen Pan-  
spielen. Was, bläst! Die verfluchte, verfluchte, verfluchte Welt  
der Begriffe, der Ideologien, der Systeme soll unteren fallen  
Nordwind köhrent! Tod den Vagat Helmen! Tod allem Pann-  
grat! Tod allem, was Titel, Würde, Autorität heißt! Nieder mit  
allem Semiten!

Nieder mit allen Namenen, die nicht durch ein Subjekt  
mit allem Namenen- und Polachubereit! „Die Arbeiter  
Gewalt müssen vor der Gewalt zu Straus kriechen!“ Und  
übel vor fremd Wälder — haben immer im Frühling!

In der Ferne glänzt unser Morgen.  
Doch, dreimal hoch unter Reich der Gewaltvollheit!  
Das Durchsichtige, Klar! Doch die Reinheit! Doch der Architek-  
telische, Blühende, Leichte — hoch das ewige Dauen!

Bruno Taut.

In der Volkshalle wird August Strindberg's „Das  
Damaskus“ mit Friedrich Schiller als „Der Habsburger“  
und Erlene Röhmer als „Der Dame“ vorbereitet —  
Verneer und Hühner Dandan wurden von nächster Spielzeit  
ab für die Volkshalle verpflichtet.  
Ballspiel. Philharmonie Sonntag, den 20. Februar, nach-  
mittag 4 Uhr. Schumann Klavierquintett Es-dur op. 41. Raut-  
Narinetenquintett A-dur, Lieber von Schumann und Raut-  
Narinetende: Rudolf Paubenthal (Gesang), Nicolas Sammler  
u. a. Karten à 1.50 Mk., Zuckstr. 28, 1, Angelstr.



